

These 1:

Die Zurich begrüßt eine Harmonisierung des Datenschutzrechts in der EU

Begründung:

- das BDSG ist mittlerweile stark reformbedürftig (siehe statt vieler Verweise nur Prof. Jochen Schneider in NJW-Editorial Heft 42/2011)
- die unterschiedliche Ausgestaltung der Datenschutz-Rechtslage in den EU-Staaten erschwert die einschlägigen Prozesse in einem internationalen Konzern

These 2:

Die Zurich steht der Frage, wie die gewünschte Harmonisierung herbeigeführt wird, offen gegenüber

Begründung:

- die EuGH-Entscheidung v. 24.11.2011 (C-468/10 und C-469/10) stellt das Gebot der richtlinienkonformen Umsetzung heraus, so dass bei entsprechender Beachtung dieser Vorgabe auch per RiLi eine stärkere Harmonisierung der Rechtslage innerhalb der EU durchsetzbar wäre
- einfacher, wenn auch nicht unbedingt zwingend erforderlich, erscheint allerdings die Harmonisierung per Verordnung

These 3:

Zurich hat diverse inhaltliche Forderungen an eine gesetzliche Neuregelung, die durch den aktuellen Entwurf der D-VO nicht erfüllt werden

Bsp.:

- Rechtssicherheit - schon wegen der Vielzahl an Vorbehalten (sog. "delegated acts") noch nicht gegeben
- Thema Arbeitnehmerdatenschutz ist ungeklärt
- klare gesetzliche Regelungen gerade zum Umgang mit sensiblen Daten (Gesundheitsdaten) sind geboten; eine (widerrufliche) Einwilligung ist insoweit keine hinreichend sichere Lösung für ein Versicherungsunternehmen
- Erleichterungen für den Datenaustausch in einem (internationalen) Konzern (Stichwort "Konzernprivileg") sind geboten
- die Anforderungen an die Rechtmäßigkeit des internationalen Datentransfers müssen praktikabler werden; hier muss in Bezug auf sensible Daten beachtet werden, dass EU-Standardvertragsklauseln und BDSG aktuell keine stimmige Antwort auf die Möglichkeit eines solchen Datentransfers geben
- das Sanktionssystem bei Verstößen ist zu grobschlächtig
- Möglichkeit der Tarifierung muss auch künftig erlaubt sein, da dies wesentlich für die Versicherer ist (Risikomanagement, Solvenz)

Im Übrigen nehmen wir Bezug auf die diversen einschlägigen Stellungnahmen des GDV zum Thema.